

## **Der Parteitag möge folgenden Tagesordnungspunkt**

TOP 16 Beratung und Beschlussfassung von Satzungsänderungen

ergänzen

Der Parteitag möge folgenden Satzungs-Änderungs Antrag beschließen:

zur „Alternative für Deutschland Bundessatzung“

### **§ 11 – Der Bundesparteitag**

Der entsprechende Paragraph der Satzung lautet:

(4) Die Delegierten für den Bundesparteitag werden für höchstens zwei Jahre durch Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen in den Landesverbänden gewählt. ...

Neu

(4) Die Delegierten für den Bundesparteitag werden für höchstens zwei Jahre durch Mitgliederversammlungen in den Landesverbänden gewählt. ...

Die Satzung ist insgesamt auf diesen Beschluss des Parteitages zu überarbeiten und anzupassen.

#### Begründung:

Dürfen nur Mitglieder aus Niedersachsen, Baden-Württemberg Bundesdelegierte selbst wählen ? Wir wollen Bundesdelegierte selbst stellen und wählen und dann die Fragen stellen in unserem Verband .

Ein besonderes Ärgernis stellt dabei offenbar das NRW- "Doppel Auslese" "Delegierten-Bezirkssystem" dar, das in einigen Landesverbänden dafür gesorgt hat, dass sich wenige – oft über fragwürdige Methoden – Funktionen, Ämter und Mandate "gesichert" haben. Die Auswirkungen dieser Missstände und Fehlentwicklungen auf unsere Partei sind für die Mitglieder bereits aufgrund der "Abwanderung" einiger problematischer "Kandidaten" unter Mitnahme der AfD-Mandate deutlich erkennbar. Insgesamt ist feststellbar, dass viele Mitglieder die Gründungsideen wie "Basisdemokratie" und "Subsidiarität" in unserer Partei oft nicht mehr erkennen können.

Die Mitglieder sehen ihren Willen und ihre Interessen durch den Bezirksverband nicht mehr vertreten.

Nach dem Austritt von Petry und Pretzell mit Mitnahme von insgesamt 4 über die AfD erzielten Mandaten sowie bundesweit weiteren Parteimitgliedern (NRW, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern etc.) – die meisten aus dem Umfeld der sog. „Alternativen Mitte“ (AM) - ist in der AfD - mit Gründung der sog. „Blauen Partei“ - ein erheblicher Schaden entstanden. Dieser Schaden war absehbar und wurde von den Verantwortlichen nicht verhindert bzw. durch Unterlassen einzelner sogar gefördert. Insbesondere der Landesverband NRW wurde bereits in 2017 unter der Führung von Pretzell von der Bundeslinie explizit „abgekoppelt“ und vertrat ohne Mitglieder- oder Parteitagsbeschluss vermeintlich eine „personell und sachlich von der Bundeslinie abweichende Realpolitik“ (Interview-Aussage von Pretzell auf PHOENIX im Rahmen des Kölner Bundesparteitages).

Ausdruck dieser „abweichenden Realpolitik“ ist u.a. die derzeit gängige (schleppende) Mitglieder-Aufnahmepraxis in NRW (überwiegend Aufnahme von Ex-Altparteilern von SPD, Linke, Grüne, weniger CDU und FDP, dagegen kaum Mitglieder ohne vorheriges Partei-Engagement), die inhaltliche Ausrichtung des Landeswahlprogramms NRW (AfD als „bessere“ SPD) sowie der Großteil der „realpolitischen“ NRW-Listenkandidaten für die Landtags- und Bundestagswahl 2017.

Das von Pretzell und seinen noch immer im Landesverband verbliebenen Unterstützern in NRW aufgebaute und gesteuerte System der Delegierten der Kreisverbände, die die Landes- und Bezirksdelegierten wählten, wurde über die Bezirks- bis auf die Landesebene manipulativ betrieben. Auf Bezirksebene wählten sodann nach Absprache die Delegierten die Bundesdelegierten. Dabei wurden weniger die politisch aktiven oder erfolgreichen Mitglieder aus NRW als Bundesdelegierte gewählt, vielmehr legte man Wert auf möglichst beeinflussbare und „meinungskonforme“ Mitglieder, die teilweise erst völlig neu in die Partei aufgenommen wurden. Große Teile der Parteibasis oder nachweislich erfolgreiche Kreisverbände wurden völlig ausgeschlossen.

Das damit aufgebaute System, das eher an ein Finanzpyramiden- oder Schneeballsystem erinnert, bewirkte im Ergebnis eine größtmögliche Entdemokratisierung der Parteibasis. Delegierte wählten „Super-Delegierte“, die sich gegenseitig wählten und sich Posten, Ämter und vor allem auch Mandate selbst zuschanzten. In den verschiedenen Landeswahlversammlungen einigten sich ausschließlich einige wenige Bezirksvertreter auf einen sog. „Bezirksproporz“, in den lediglich „genehme“ Kandidaten – weniger qualifizierte oder politisch leistungsfähige - Berücksichtigung fanden. Entsprechende Kandidaten, die weitestgehend inaktiv im NRW-„Wahlkampf“ auftraten, wurden im Ergebnis „gewählt“, entsprechend deutlich

unterdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielte der Landesverband NRW im Bundesdurchschnitt bzw. im Vergleich mit anderen erfolgreichen Landesverbänden und die Mitglieder zogen sich überwiegend in die Inaktivität in den „Wahlkämpfen“ zurück (Demobilisierung).

Bei den zu den Listenaufstellungen manipulativ eingesetzten WhatsApp-Listen handelt es sich um nichts anderes, als um Quotenregelungen, die allerdings unserem §5, Abs. 2 der Bundessatzung direkt widersprechen.

Wir sind als AfD – neben Basisdemokratie und Subsidiarität - dafür angetreten, dem Recht wieder Geltung zu verschaffen und den Rechtsstaat in Deutschland zu stärken – wir sind nicht angetreten, um es hinsichtlich Postengeschacher, Rechtsbrüchen und Hinterzimmer-Politik schlimmer zu machen als die Altparteien.

Die Mitglieder-Basis ist von den Teilnehmern dieser WhatsApp-Gruppe belogen und betrogen worden, die Partei wurde massiv beschädigt. Weitere Begründungsdetails erfolgen mündlich auf dem Parteitag und sind zu auch hier nachzulesen  
[„https://www.facebook.com/SchweizerFlugel/posts/317224509033154“](https://www.facebook.com/SchweizerFlugel/posts/317224509033154)

**Aus diesen Gründen ist der Aufbau aller Organisationen und Organe der AfD ganz neu von unten her zu reorganisieren.**

Mit freundlichen Grüßen Alexander Popov,

a.popov@ymail.com , Rheinhausener Str.9 , 47239 Duisburg, Mitgliedsnummer 10586581

Mut zur Wahrheit